

## **.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis**



Schloenhardt, Andreas (2016):

### **Menschenhandel in Zeiten wachsender Migrationsströme**

SIAM-Journal – Zeitschrift für  
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis  
(1), 53-62.

doi: 10.7396/2016\_1\_E

*Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:*

Schloenhardt, Andreas (2016). Menschenhandel in Zeiten wachsender Migrationsströme, SIAM-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 53-62, Online: [http://dx.doi.org/10.7396/2016\\_1\\_E](http://dx.doi.org/10.7396/2016_1_E).

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2016

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAM-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 5/2016

# Menschenhandel in Zeiten wachsender Migrationsströme

Die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten, viele davon Flüchtlinge, auf dem Weg nach Österreich und anderen Teilen Europas, hat in den letzten Monaten viele Schlagzeilen gemacht und Fragen über die Abgrenzung von Menschenhandel und Schlepperei aufgeworfen. In diesem Beitrag werden Art und Ausmaß der jüngsten Migrationsströme und globale Trends und Entwicklungen des Menschenhandels in Europa und Österreich erläutert und wird auf die Ursachen von Menschenhandel, Flucht und Vertreibung eingegangen. Ziel dieses Beitrags ist es, über die Ursachen von Migration und Menschenhandel nachzudenken und diese wirksam zu bekämpfen. Dieser Beitrag wurde am Tag der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels am 14. Oktober 2015 in Wien vorgetragen.

## 1. EINLEITUNG

The „World at War“. Die Welt im Krieg. So betitelt der UNHCR, das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen, seinen jüngsten Jahresbericht. Noch nie gab es in der Welt so viele Menschen, die vertrieben wurden oder, gewollt oder ungewollt, aus ihrer Heimat geflüchtet sind. Am Ende des Jahres 2014 waren 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Allein im vergangenen Jahr sind 13,9 Millionen neue Flüchtlinge hinzugekommen; der höchste Anstieg seit derartigen Zahlen festgehalten werden (UNHCR 2015, 2). Für 2015 werden, vor allem auf Grund der katastrophalen Situation in Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Somalia, Sudan und Süd-Sudan, weitere Rekordzahlen erwartet. Zudem trägt die prekäre Situation in Transitländern dazu bei, dass viele Men-

schen, die sich bisher in Sicherheit fühlten, erneut flüchten müssen oder die Hoffnung verlieren, jemals in ihre Heimatstaaten zurückkehren zu können.

Daran, dass Europa sich in „Zeiten wachsender Migrationsströme“ befindet, kann kein Zweifel bestehen und es wäre naiv zu glauben, dass sich diese Zeiten kurz- oder mittelfristig ändern werden. Im Gegenteil, es ist verwunderlich, dass die Zahl der Menschen, die sich derzeit zum Verlassen ihrer Heimatländer gezwungen sieht, nicht schon viel früher derart hoch angestiegen ist und dass die Zahl derer, die sich in der Hoffnung eine sichere und bessere Zukunft zu finden auf den Weg nach Europa machen nicht noch viel rapider angestiegen ist.

Einerseits kann man die Ereignisse in Ungarn, Österreich, Deutschland und entlang der so genannten West-Balkan-Route als Scheitern der europäischen Asyl- und



**ANDREAS SCHLOENHARDT,**  
*Professor an der University of Queensland (Australien) und  
Professorial Research Fellow an  
der Universität Wien.*

Migrationspolitik ansehen. Andererseits ist die unglaubliche Unterstützung und Zivilcourage, die vor allem die österreichische Bevölkerung den vielen Flüchtlingen gegenüber geleistet hat, ein Zeichen für das große Verständnis für die Lage der Migrantinnen und Migranten.

In diesem Beitrag wird über Art und Ausmaß irregulärer Migration nachgedacht, werden globale Trends und Entwicklungen des Menschenhandels in Europa und Österreich erläutert und wird auf die Ursachen von Menschenhandel, Flucht und Vertreibung eingegangen. Ziel dieses Beitrags ist es, deutlich zu machen, dass es so wie es ist, nicht weitergehen kann, dass man sich in Europa unbequemen Realitäten stellen und neu über Menschenhandel und Migrationsströme nachdenken muss, um in Zukunft vernünftiger und vorausschauender mit diesen Themen umzugehen.

## **2. IRREGULÄRE MIGRATION, SCHLEPPEREI, MENSCHENHANDEL**

Menschenhandel ist nicht mit Schlepperei zu verwechseln. Beides sind Formen der so genannten irregulären Migration, die verschiedene Ursprünge und Umstände haben. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die beiden Phänomene im österreichischen Recht unterschiedlich beschrieben und bestraft werden: der Menschenhandel im § 104a des Strafgesetzbuches und die Schlepperei im § 114 des Fremdenpolizeigesetzes.

Ganz ähnlich wird im internationalen Recht differenziert, insbesondere in den Zusatzprotokollen der Vereinten Nationen gegen die Schlepperei von Migrantinnen und Migranten einerseits und zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels andererseits. Die einschlägigen Erläuterungen und Gesetzmateriale weisen zudem darauf hin,

dass sich die Vorschriften in den geschützten Rechtsgütern, im Verhältnis zwischen Täter und Opfer, im Zweck der Straftat und in Bezug auf die Einwilligung des Opfers deutlich unterscheiden (UNODC 2008, 2–5). Demnach dient die Straftat der Schlepperei vor allem dem Grenzschutz, der Verwaltung und der Wahrung verschiedener öffentlicher Interessen. Die Strafvorschrift zum Menschenhandel hingegen dient dem Schutz persönlicher und sexueller Freiheit und von Leib und Leben. Aufbauend auf diesen Unterscheidungen gestalten sich Strafmaß, Opferschutz, Aufenthaltsrechte und behördliche Zuständigkeiten für diese Straftaten sehr verschieden.

Obwohl die Differenzierung zwischen Menschenhandel und Schlepperei nicht unumstritten ist, soll hier diese Unterscheidung nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden; es war schwer genug weltweiten Konsens zu dieser Terminologie zu finden. In diesem Beitrag sind jedoch zwei Punkte besonders wichtig:

Erstens: Die große und zunehmende Zahl derjenigen, die wegen Vertreibung, Flucht, Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger, Krieg, wirtschaftlicher Unterentwicklung, Chancenlosigkeit, Naturkatastrophen und Klimawandel ihre Heimat verlassen müssen oder wollen, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und wird auch in naher Zukunft weiter ansteigen. Eine Verbesserung dieser Ursachen ist derzeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil, weitere Migrationsströme sind unter anderem von Ländern, wie dem Jemen, der Ukraine und Burundi sowie aus Jordanien, dem Libanon und der Türkei zu erwarten.

Dieser „Migrationsdruck“ schafft weiteres Potential und eine wachsende Klientel für Schlepper und Menschenhändler. Viele werden ihr Hab und Gut und das ihrer Familien einsetzen, um mit der Hilfe von Schleppern Furcht und Armut zu ent-

kommen. Andere werden auf die Tricks von Menschenhändlern hereinfliegen, die eine bessere Zukunft und größeren Wohlstand versprechen. Angesichts fehlender Alternativen werden mehr und mehr Menschen keine andere Wahl haben, als sich auf die Versprechungen von Schleppern und Menschenhändlern einzulassen und sich den damit verbundenen Gefahren und Ausbeutungen auszuliefern.

Dadurch wird es, zweitens, auch zusehends schwierig zwischen Menschenhandel und Schlepperei sinnvoll zu unterscheiden:

- ▶ Wenn sich, wie es häufig vorkommt, zum Beispiel ein afghanischer Flüchtling in einem Flüchtlingslager in Pakistan auf die Versprechen von Schleppern einlässt, dass er schnell und sicher nach Europa gelangen wird, dann aber mehrfach unterwegs nachzahlen muss und am Ende entgegen seinen Erwartungen mit hundert anderen Flüchtlingen auf einem untauglichen Schlauchboot von Libyen nach Italien reist, ist dies ein Fall von Schlepperei, zu der wissend eingewilligt wurde, oder ist dies ein Fall des Menschenhandels, in dem der Flüchtling ein Opfer ist, das belogen, ausgebeutet, erpresst und in unerwartete Gefahren versetzt wurde?
- ▶ Wenn einer Frau in Moldawien glaubhaft gemacht wird, dass man sie gegen Entgelt ohne Visum nach Österreich bringen kann, dass sie dort im Sexgewerbe arbeiten und so ihrer Armut und Arbeitslosigkeit entkommen kann, ist das ein Fall von Ausbeutung und Menschenhandel, oder ist es Schlepperei, weil die Frau verzweifelt genug ist jedem Angebot, egal wie glaubwürdig, zuzustimmen?
- ▶ Wenn eine syrische Familie, in der Hoffnung in Deutschland Asyl zu finden, sich bereit erklärt, in einen beengten Kühlwagen zu steigen, um von Ungarn

durch Österreich geschleust zu werden, der Kühlwagen dann von den Schleppern verriegelt wird, die 71 geschleusten Migrantinnen und Migranten ersticken und samt Lkw auf einer Autobahn im Burgenland zurückgelassen werden, ist dies nicht auch eine Ausbeutung unter Einsatz unlauterer Mittel?

### 3. GLOBALE TRENDS UND ENTWICKLUNGEN IN EUROPA

Der „Global Report on Trafficking in Persons 2014“, der im Dezember 2014 von UNODC, dem United Nations Office on Drugs and Crime, vorgestellt wurde, weist erneut darauf hin, dass Menschenhandel ein globales Problem ist, das sich vor allem gegen Frauen richtet. Weltweit wird der Anteil weiblicher Opfer des Menschenhandels auf 70 % geschätzt; 21 % sind minderjährige Frauen. Ungefähr 30 % sind Männer, darunter 18 % minderjährige Burschen (UNODC 2014, 29). In West- und Zentraleuropa ist der Anteil weiblicher Opfer noch höher; hier schätzt UNODC, dass ganze 62 % aller Menschenhandelsopfer erwachsene und zusätzliche 16 % aller Opfer minderjährige Frauen sind (ebd., 61).

Weltweit wird zudem festgestellt, dass der Anteil minderjähriger Opfer in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Zuletzt waren 33 %, also ein Drittel aller Menschenhandelsopfer, Minderjährige, davon rund zwei Drittel Mädchen (das heißt 21 % aller Opfer) und ein Drittel Burschen (das heißt 12 % aller Opfer) (UNODC 2014, 31). In West- und Zentraleuropa macht Kinderhandel, also Menschenhandel mit Minderjährigen, etwa 19 % aller Opfer aus, jedoch sind diese Opfer zu über 86 % weiblich (ebd., 61).

Dass so viele Frauen unter den Opfern von Menschenhandel sind, erklärt sich vor allem durch die Art der Ausbeutung, jedoch auch durch die bestehende Ge-

setzeslage, durch die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden sowie durch den politischen Willen in einzelnen Staaten. In der Praxis beziehen sich nach wie vor die meisten Fälle von Menschenhandel auf sexuelle Ausbeutung. Nationale Strafvorschriften, andere Gesetze und der Schwerpunkt der Ermittlungsarbeit sind zudem in einigen Ländern fast ausschließlich auf diese spezielle Form des Menschenhandels beschränkt (UNODC 2014, 34). Aus diesen Gründen sind weltweit 53 % aller vom Menschenhandel betroffenen Personen Opfer sexueller Ausbeutung, in West- und Zentraleuropa sogar 65 % (UNODC 2014, 33; ebd., 62). Das betrifft vor allem Frauen. UNODC schätzt, dass 79 % aller weiblichen Menschenhandelsopfer weltweit Opfer sexueller Ausbeutung sind und dass nur 8 % der männlichen Opfer derartige Ausbeutung erleben (ebd., 36).

Zwangsarbeit und andere Formen der Arbeitsausbeutung, von der zumeist männliche Opfer betroffen sind, machen weltweit etwa 40 % aller Menschenhandelsfälle aus; in West- und Zentraleuropa nur 26 %. Auf andere Formen der Ausbeutung, wie zum Beispiel Menschenhandel zum Zweck der Organentnahme, illegalen Adoption, Zwangsehe, Kindersoldaten, Schuldknechtschaft und Pornografie kann hier, auch mangels statistischer Grundlagen, nicht weiter eingegangen werden.

Was den Menschenhandel in Europa weiter auszeichnet, ist die Tatsache, dass die Opfer, die in Europa aufgegriffen werden – anders als in anderen Erdteilen – nicht hauptsächlich aus anderen europäischen Staaten kommen, sondern aus einer Vielzahl von Herkunftsländern stammen und teilweise über sehr große Distanzen nach Europa reisen. Allein zwischen 2010 und 2012 wurden in West- und Zentraleuropa Opfer aus 130 verschiedenen Herkunftsländern identifiziert (UNODC 2014, 62). Dies weist auf die Komplexität des

europäischen Menschenhandelsproblems hin und ist symptomatisch für den Zusammenhang zwischen Menschenhandel und anderen Formen irregulärer Migration, Flucht und Vertreibung.

#### 4. MENSCHENHANDEL IN ÖSTERREICH

Der jährliche Menschenhandelsbericht (Trafficking in Persons Report) des US Außenministeriums schreibt in seiner jüngsten Ausgabe, die im Juni 2015 veröffentlicht wurde, dass „Österreich Ziel- und Transitland für Männer, Frauen und Kinder ist, die sexuell oder durch Zwangsarbeit ausgebeutet werden. Der Hauptteil der in Österreich identifizierten Opfer sind Mädchen und Frauen, die sexueller Ausbeutung zum Opfer fallen. Die Opfer kommen zumeist aus Osteuropa (Bosnien-Herzegowina, Serbien, Rumänien und Bulgarien) und in geringeren Zahlen, aus China, Nigeria, dem Nahen Osten, Nordafrika, Südost-Asien und Südamerika“ (US Department of State 2015, 77).

Darüber hinaus weist der Bericht ausgiebig auf das Problem der Zwangs Bettetei in Österreich hin. Insbesondere wird dabei hervorgehoben, dass sich unter den Opfern viele unbegleitete Minderjährige und Asylwerberinnen und Asylbewerber aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika befinden, die zur Bettetei gezwungen werden (US Department of State 2015, 77). Obwohl es teilweise schwierig ist die Beobachtungen des US Menschenhandelsberichts nachzuvollziehen, wird hier erneut der Zusammenhang zwischen Vertreibung, Flucht und Menschenhandel deutlich, der sich durch die Bettetei in vielen Städten Österreichs besonders bemerkbar macht.

Die hohe Zahl unbegleiteter Minderjähriger, die auf irreguläre Weise in Österreich einreisen, eingeschleust werden, sich hier aufhalten oder Asylanträge stellen, ist be-

sorgniserregend und wirft viele Fragen auf, die sich nicht ohne weiteres beantworten lassen und weiterer Nachforschung und Analyse bedürfen. Genaue Zahlen über minderjährige Opfer von Menschenhandel liegen nicht vor, jedoch bieten die folgenden Statistiken einige Anhaltspunkte.

Das Bundeskriminalamt berichtet, dass 27 % der 2014 nach Österreich geschleppten Personen Minderjährige waren: 15 % in der Altersgruppe zwischen 15 bis 18 Jahre, 6 % zwischen 8 und 14 Jahre und weitere 6 % jünger als 8 Jahre (Bundeskriminalamt 2015, 24). In absoluten Zahlen bedeutet das, dass allein im Jahr 2014 über 4.360 unbegleitete Minderjährige eingeschleust wurden. Im Hinblick auf die derzeitigen Asylantragszahlen sind im Zeitraum von 1. Jänner bis 31. August 2015 bereits 53.559 Anträge von unbegleiteten Minderjährigen gestellt worden; Tendenz steigend (BMI 2015, 9). Diese Zahlen sind keinesfalls mit der Zahl von Menschenhandelsopfern gleichzustellen, aber sie veranschaulichen die zunehmende Zahl der Personen, die den Gefahren von Ausbeutung, Gewalt und Bedrohung ganz besonders ausgeliefert sind und deshalb besonderen Schutz bedürfen.

## **5. URSACHEN – UND DEREN BEKÄMPFUNG**

Maßnahmen, die es präventiv verhindern, dass Frauen, Kinder und Männer Opfer von Menschenhandel werden, sind ein zentraler Punkt jeder Bekämpfungsstrategie. Das Verstehen der Ursachen und Umstände, die zur Viktimisierung und Re-Viktimisierung führen, ist das beste Mittel, um Menschenhandel nachhaltig zu verhindern. Dementsprechend verpflichtet Artikel 9 (4) des Zusatzprotokolls zum Menschenhandel die Vertragsstaaten Maßnahmen zu treffen oder zu verstärken, um die Ursachen dafür zu verringern, dass Menschen, insbesondere Frauen und

Kinder, leicht Opfer des Menschenhandels werden, wie etwa Armut, Unterentwicklung und fehlende Chancengleichheit.

Dieser Aufruf verknüpft den Menschenhandel mit dem Thema Entwicklungshilfe und unterstreicht die Tatsache, dass Menschenhandel in aller Regel von ökonomisch ärmeren in reichere Länder stattfindet und oft durch Diskriminierung und Chancenlosigkeit, insbesondere von Frauen, ausgelöst wird.

Die speziellen Umstände, warum einzelne Personen und Personengruppen Gefahr laufen Opfer von Menschenhandel zu werden, variieren von Fall zu Fall. Die verschiedenen Arten der Ausbeutung, die Erfahrungen und Ambitionen einzelner Menschen, die wirtschaftlichen und politischen Umstände und die vielen anderen Faktoren, die dazu führen, von Menschenhändlern verleitet, ausgetrickst, angelockt oder ausgebeutet zu werden, lassen sich oft nicht einfach zusammenfassen. Verallgemeinerungen beruhen oft auf Stereotypen, die die Opfer als dumm und naiv charakterisieren und ihnen jede Fähigkeit absprechen, rationale Entscheidungen über ihr Leben zu treffen. Dementsprechend ist es in aller Regel wenig sinnvoll allgemeine Präventionsmaßnahmen zu treffen, die die persönlichen Umstände der tatsächlichen und der möglichen Opfer ignorieren. Zudem ist es wichtig wahrheitsgetreue Informationen zu verbreiten und nicht durch Abschreckungsmethoden und Übertreibungen zu versuchen potentiellen Opfern den Wunsch ihre Lebenssituation zu verändern auszureden (Wheaton et al. 2010, 135).

Die Tatsache, dass die meisten Opfer des Menschenhandels Frauen sind, muss dabei besondere Berücksichtigung finden. Hierbei ist auch anzumerken, dass allen Voraussagen zufolge der Anteil von Frauen unter Migrantinnen und Migranten – legal und irregulär – weiter zunehmen wird,



weshalb auch von einer Feminisierung der internationalen Migration gesprochen wird. In vielen Staaten – und nicht nur in so genannten Entwicklungsländern – werden Frauen jedoch diskriminiert und haben oft kaum Chancen Schul- und Universitätsabschlüsse zu absolvieren, qualifizierte Arbeit auszuüben und Zugang zum legalen Arbeitsmarkt zu finden. In weiten Teilen der Welt werden Frauen, wenn sie Arbeit finden können, auch trotz gleicher Qualifikationen schlechter bezahlt als Männer (American Bar Association 2005, 116; Chuang 1998, 68–69). Mehrere Studien weisen zudem darauf hin, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen weiblicher Jugendarbeitslosigkeit und Menschenhandel gibt und dass weibliche Opfer des Menschenhandels zumeist aus den Gegenden und Ländern kommen, in denen sie keine wirtschaftlichen Alternativen sehen (Danailova-Trainor/Laczko 2010, 54; Malone 2001, 91). Unter solchen Umständen werden die Angebote von Menschenhändlern fast unwiderstehlich.

Aus diesem Grunde fordern viele Expertinnen und Experten ein Ende von Diskriminierung und größere Mitwirkungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten für Frauen. Dazu gehören unter anderem gleichberechtigter Zugang zu Schulen, Universitäten, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt, gleiche Chancen für Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen, gleiche Verteilung familiärer Aufgaben zwischen Männern und Frauen und insbesondere gleiche politische Rechte (UNODC 2008, 426–429).

Unabhängig von den individuellen Umständen und Motivationsgründen einzelner Personen und Personengruppen gibt es weitreichende strukturelle Ursachen, die Menschenhandel ermöglichen und diesen für die Täter lukrativ machen. Wie bereits angesprochen, geht es hier um politische, wirtschaftliche und soziale Ursachen, die

Flucht, Vertreibung und Abwanderung auslösen und vielen Menschen keine andere Wahl lassen, als ihre Heimat zu verlassen. Diese „Push und Pull“-Faktoren muss man auch im Zusammenhang mit den historischen und politischen Beziehungen zwischen einzelnen Staaten und früherer Migration von Angehörigen und Freundinnen und Freunden sehen, die es erklären, warum bestimmte Personen auf oft sehr lange und umständliche Art und Weise vom Heimat- ins Zielland gelangen. Menschenhandel ist letztlich – wie auch die Schlepperei – eine Art der irregulären Migration und muss auch in diesem Zusammenhang verstanden werden (UNODC 2008, 426–429; Wheaton 2010, 121).

Es bleibt auch darauf hinzuweisen, dass die Unterscheidung zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen, die von gewissen politischen Fraktionen gezielt benutzt wird, um Unmut gegen Einwanderinnen und Einwanderer sowie Asylwerberinnen und Asylbewerber zu propagieren, weitgehend realitätsfremd ist. Verschiedene Studien zeigen, dass Personen, die vor Krisensituationen fliehen, in aller Regel sowohl den politischen Umständen wie auch der verzweifelt wirtschaftlichen Lage in diesen Gebieten entkommen wollen. In weiten Teilen Syriens, der Ostukraine, Iraks, Afghanistans und in vielen anderen Teilen der Welt lassen sich Religion, politische Meinung und ethnische Zugehörigkeit ebenso wenig praktizieren, wie geregeltes Arbeiten, Wirtschaften oder das Ernähren der eigenen Familie. Unter diesen Umständen ist leicht nachvollziehbar, dass viele Menschen abwandern.

## 6. LEGALE MIGRATIONSWEGE

Viele Menschen gehen auf die Versprechen von Menschenhändlern ein, da sie hoffen, dadurch Zugang zu sicheren und wohlhabenden Staaten zu finden. In der Literatur

und Wissenschaft und zunehmend auch seitens internationaler Organisationen, wird seit langem anerkannt, dass restriktive und nicht vorhandene Migrationsmöglichkeiten dazu führen, dass Menschen Opfer von Menschenhandel werden (Steele 2007, 20; Berman 2010, 94). Dadurch entsteht ein lukrativer Markt sowohl für Schlepper wie auch für Menschenhändler, die die Hoffnungen und Verzweiflung von Migrantinnen und Migranten ausbeuten und oftmals deren Leib und Leben in große Gefahren bringen.

In einem Beitrag aus dem Jahre 2010 wird Menschenhandel als die wohl schlimmste Form von weltweiten Migrationsströmen bezeichnet. Hier wird Menschenhandel als eine „korrumpierte“ Form der Migration beschrieben, die die Hoffnungen von Migrantinnen und Migranten im Ausland Geld zu verdienen, ihre Familien zu unterstützen und ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen zu Alpträumen macht (Danailova-Trainor/Laczko 2010, 38). Aus diesem Grunde ist es wichtig zu verstehen, dass sich die vom Menschenhandel betroffenen Personen aus guten Gründen zur Migration entschließen, weshalb weder Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen noch die vielen Gefahren, die mit irregulärer Migration verbunden sind, die Menschen davon abhalten können, diese Risiken einzugehen.

Einer der wenigen Wege Menschenhandel mittel- und langfristig zu bekämpfen und zu verhindern, dass viele Personen dem Menschenhandel zum Opfer fallen, besteht darin, legale Migrationswege zu schaffen. Wenn dies sinnvoll und nachhaltig entwickelt und durchgeführt wird, kann man so die Notwendigkeit von Menschenhandel reduzieren und das Angebot von Menschenhändlern und auch von vielen Schleppern überflüssig machen und deren „Marktlücke“ schließen. Das heißt nicht, dass man Kontrollen abschafft und

unbegrenzten Zahlen von Migrantinnen und Migranten Tür und Tor öffnet. Im Gegenteil, hierbei geht es darum, staatlichen Einfluss auf Migrationsbewegungen auszubauen und vernünftige Einwanderungspolitik, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsplanung zu betreiben und weitreichende Integrationsprogramme zu entwickeln. Viele internationale Organisationen und Forschungseinrichtungen verfügen hierzu über eine Vielzahl von Vorschlägen und Programmen, die an die speziellen Umstände einzelner Staaten angepasst werden können.

In Österreich haben sich derartige Diskussionen zumeist auf Initiativen wie die Rot-Weiß-Rot-Karte beschränkt, die 2011 erstmalig eingeführt wurde, um es qualifizierten Arbeitskräften aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen, in Österreich Arbeit zu finden und sich hier dauerhaft niederzulassen. Der Erfolg dieser Initiative ist jedoch, wie sich mehrfach gezeigt hat, eher mäßig und jüngsten Berichten zufolge werden die mit der Rot-Weiß-Rot-Karte verbundenen Quoten und Erwartungen nicht erfüllt. In den drei Jahren zwischen Mitte 2011 und Mitte 2014 sind nur 5.500 der 8.000 vorgesehenen Schlüssel- und Fachkräfte nach Österreich gekommen (Stiöber 2014).

Hier könnte relativ schnell Abhilfe geschaffen werden, da zum Beispiel unter den Flüchtlingen, die in Österreich Asyl finden, auch viele qualifizierte Arbeitskräfte sind, die man mit entsprechenden Schulungen und Sprachkursen auf den Mangel von Fachkräften in bestimmten Branchen vorbereiten könnte. Informationen über die Qualifikation von Asylwerberinnen und Asylwerbern werden jedoch bisher statistisch nicht ausreichend erfasst. Natürlich ist die Schutzbedürftigkeit von Asylwerberinnen und Asylbewerbern vorrangig zu klären, aber das Potential derer, die in Österreich eine neue Heimat finden



wollen, sollte weder unterschätzt noch vernachlässigt werden (Steiner/Höller 2015).

Bei der Diskussion über Migrationsströme nach Österreich muss man sich auch die Realität und Prognosen des hiesigen Bevölkerungswachstums vor Augen führen. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung seit langem stagnieren. Durch Zuwanderung wird mittel- und langfristig mit einem weiteren Zuwachs der österreichischen Bevölkerung gerechnet, jedoch wird auch eine deutliche Überalterung derselben prognostiziert. Die Zahl der unter 20-jährigen ist rückläufig und gleichzeitig verzeichnet die Statistik Austria einen deutlichen Anstieg von Personen über 65, das heißt von Personen im Pensionsalter, die nicht mehr erwerbstätig sind (Statistik Austria 2015). Das bedeutet konkret, dass weitere Zuwanderung notwendig ist, um die niedrige Geburtenrate auszugleichen, Pensionskassen zu füllen, das Sozialversicherungswesen aufrechtzuerhalten und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Die so genannten „Migrationsströme“ bergen somit auch viele positive Auswirkungen für Österreich, die man mit besserer Politik und vorausschauender Planung noch erheblich ausbauen könnte. Verschiedene Studien belegen, dass Zuwanderung nicht nur dem Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen entgegenwirkt, sondern für viele heimische Unternehmen unentbehrlich ist. Vor allem in der Herstellung von Waren und im Tourismus und Gastronomiebereich würde sich fehlende Zuwanderung sehr negativ auswirken (Pfarrhofer 2012). Heftig debattiert wird in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob und inwieweit Asylwerberinnen und Asylwerber am Arbeitsmarkt teilnehmen dürfen. Die österreichische Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung haben sich wiederholt dafür ausgesprochen, Asylwerberinnen und Asylwerbern Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt zu gewähren

(Höller 2015). Das würde nicht nur dazu dienen, Lücken im Arbeitsmarkt zu füllen, sondern auch die Integration und Unabhängigkeit von neuen Zuwanderinnen und Zuwanderern fördern und verhindern, dass diese Mitbürgerinnen und Mitbürger zweiter Klasse werden und, in den schlimmsten Fällen, durch kriminelle Tätigkeiten versuchen ihren Unterhalt zu bestreiten. Für den Vorwurf, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer und Asylwerberinnen und Asylwerber österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Arbeitsplätze „wegnehmen“, wie in einigen politischen Kreisen behauptet wird, gibt es derzeit weder Beweise noch Anhaltspunkte.

Eine Simulation des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, die im April 2015 veröffentlicht wurde, zeigt, dass bei einer generellen Öffnung des hiesigen Arbeitsmarkts für Asylwerberinnen und Asylwerber allenfalls von einem kurz- und mittelfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit von maximal 0,22 % auszugehen ist; und weniger, wenn man den Arbeitsmarktzugang um ein paar Monate verzögert (Bock-Schappelwein/Huber 2015, 94). Die gleiche Studie weist auch darauf hin, dass restriktive Aufenthaltsbedingungen, wie zum Beispiel die Sperre des Arbeitsmarktes, einen Anstieg von Asylwerberinnen und Asylwerbern nicht verhindern kann und dass auf Grund der Krisensituation in den Herkunftsländern auch weiterhin mit einem Anstieg der Asylbewerberinnen- und Asylbewerberzahlen zu rechnen ist (ebd., 90). In der Studie wird zudem auf den äußerst mangelhaften Wissensstand zu diesem Thema in Österreich hingewiesen und die schlechte Datenlage bemängelt (ebd., 89). Weitere Forschung in diesem Bereich ist also dringend geboten – auch um Behauptungen und Forderungen aus gewissen politischen Kreisen vorzubeugen und zu entkräften.

Letztlich ist das hohe Maß von Schwarzarbeit – einschließlich Pusch und illegaler Beschäftigung ausländischer Personen – in Österreich ein weiterer Grund dafür, den Zugang von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum hiesigen Arbeitsmarkt zu überdenken und Programme zu schaffen, die es Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, Flüchtlingen, und anderen Zuwanderinnen und Zuwanderern ermöglichen, geregelt und legal am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Auch dadurch können Menschenhandel und Ausbeutung verhindert und Steuereinkünfte und Sozialleistungen erhöht werden.

## 7. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die „Zeiten wachsender Migrationsströme“ erst am Anfang stehen und dass Migration, egal in welcher Form, durch zunehmende Mobilität und Interkonnektivität weiter zunehmen wird.

Migration ist nicht ein Problem, das man abschaffen kann. Migration lässt sich nicht durch Grenzzäune, durch Abschreckung oder durch die Heranziehung des Militärs verhindern. Migration ist eine Realität, die sich sinnvoll und menschlich managen lässt und die geplant und gelenkt werden kann.

Was momentan oft als Einwanderungskrise oder Flüchtlingskatastrophe bezeichnet wird, war seit langer Zeit voraussehbar und hätte seit Jahren besser vorbereitet und geplant werden können. Krisensituationen wie die in Afghanistan, Syrien, der Ostukraine und in vielen anderen Teilen

der Welt sind nicht plötzlich über Nacht entstanden. Dass diese Vertreibung und Fluchtbewegungen nach sich ziehen würden, war auch offensichtlich. Dass viele dieser Migrantinnen und Migranten auf Schlepper zurückgreifen und Menschenhändlern zum Opfer fallen würden, war ebenfalls vorhersehbar. Wer geglaubt hat, Österreich wäre gegen diese Entwicklungen immun, ist bestenfalls naiv oder andernfalls ignorant.

Während die Möglichkeiten, gegen Migrationsströme vorzugehen, sehr begrenzt und oft sehr fragwürdig sind, gibt es sehr viel, das man gegen Menschenhandel tun kann. Ursachenbekämpfung und die Schaffung legaler Migrationswege sind die beiden Hauptanliegen dieses Beitrags. Darüber hinaus gibt es viele andere Wege, um die Ausbeutung von Menschen und die Nachfrage nach billigen, illegalen Arbeitskräften zu verhindern.

Dieser Aufruf zum Handeln soll allen gelten, die in offizieller oder persönlicher Kapazität mit Menschenhandel in Kontakt kommen. Menschenhandel ist kein verstecktes Verbrechen, wie oft behauptet wird. Die Ausbeutung von Menschen, insbesondere von Ausländerinnen und Ausländern, findet direkt und indirekt in allen Teilen der Gesellschaft statt. Man muss sich diesen Realitäten stellen und nicht die Augen davor verschließen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Tabus gebrochen und Vorurteile überwunden werden, um die Zeichen, Umstände und Ursachen von Menschenhandel zu erkennen und gezielt dagegen vorzugehen.

### Quellenangaben

- American Bar Association (2005). *An Introduction to the Human Trafficking Assessment Tool*, Washington D.C., 116.
- Berman, Jacqueline (2010). *Biopolitical Management, Economic Calculation and Trafficked Women*, *International Migration* 48 (4), 84.
- BMI – Bundesministerium für Inneres (2015). *Asylstatistik (August 2015)*, Wien.
- Bock-Schappelwein, Julia/Huber, Peter (2015). *Auswirkungen einer Erleichterung des Arbeitsmarktzuganges für Asylsuchende in Österreich*, Wien.
- Bundeskriminalamt (2015). *Schlepperei 2014*, Wien.
- Chuang, Janie (1998). *Redirecting the Debate over Trafficking in Women*, *Harvard Human Rights Journal* (11), 65.
- Danailova-Trainor, Gergana/Laczko, Frank (2010). *Trafficking in Persons and Development: Towards Greater Policy Coherence*, *International Migration* 48 (4), 38.
- Höller, Christian (2015). *Industrie will Jobs für Asylbewerber*, *Die Presse*, Online: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4767714/Industrie-will-Jobs-fur-Asylwerber> (01.07.2015).
- Malone, Linda (2001). *Economic Hardship as Coercion under the Protocol on International Trafficking in Persons by Organized Crime Elements*, *Fordham International Law Journal* (25), 54.
- Pfarrhofer, David (2012). *Fachkräfte – Die aktuelle Situation in Österreich (WKO/market)*. Österreich, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Leistungsbeziehungen, Online: <http://www.arbeitsmarktpolitik.at/bali/AmsHvs.aspx>.
- Statistik Austria (2015). *Bevölkerungszahl Österreichs stieg 2014 um mehr als 77.000 Personen*; *Pressemitteilung 11.050-110/15*, Online: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstand\\_und\\_veraenderung/102659.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/102659.html); *Bevölkerungsprognose*, Online: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/demographische\\_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html) (11.06.2015).
- Steele, Sarah (2007). *Trafficking in People*, *Alternative Law Journal* (32), 18.
- Steiner, Eduard/Höller, Christian (2015). *Asyl: Rot-Weiß-Rot-Card für Traiskirchen?*, *Die Presse*, Online: [http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4793138/Asyl\\_RotWeissRotCard-fuer-Traiskirchen](http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4793138/Asyl_RotWeissRotCard-fuer-Traiskirchen) (04.08.2015).
- Stiöber, Gerald (2014). *Österreich braucht viele Zuwanderer*, *Salzburger Nachrichten*, Online: <http://www.salzburg.com/nachrichten/rubriken/bestellen/karriere-nachrichten/sn/artikel/oesterreich-braucht-viele-zuwanderer-129339/> (27.11.2014).
- UNODC (2008). *Toolkit to combat trafficking in persons*, New York.
- UNODC (2014). *Global Report on Trafficking in Persons*, New York.
- UNHCR (2015). *Global Trends, Forced Displacement in 2014*, Genf.
- US Department of State (2015). *Trafficking in Person Report 2015*.
- Wheaton, Elizabeth et al. (2010). *Economics of Human Trafficking*, *International Migration* 48 (4).